

Calmer Tagblatt

Nr. 274 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Seite 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf. Retamen 3 G. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 175 Milliarden Mt. wöchentlich. Postbezugspreis 175 Milliarden Mt. ohne Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Völkervereinigung hat nun einen gemeinsamen Beschluß über die Frage der erneuten Militärkontrolle und die Wiederkehr des deutschen Kronprinzen gefaßt, der gestern in Form einer Note in Berlin übergeben worden ist. In dieser Note nimmt die Entente das Recht in Anspruch, die Militärkontrolle wieder aufzunehmen und weist die deutschen Einwendungen bezüglich der Erregung der Bevölkerung zurück. Was die Rückkehr des Kronprinzen anbelangt, so nimmt sie davon Kenntnis, erinnert aber dabei an die Abdankungserklärung desselben im November 1918 und an die Pflicht der deutschen Regierung gegen etwaige monarchistische Agitation des Kronprinzen vorzugehen. Der Schluß der Note ist uns noch nicht zugegangen.

In einer Note der deutschen Regierung wird erneut gegen die französische Unterstützung der Separatistenpulvische in der Pfalz Einspruch erhoben.

Der amerikanische Unterstufungsablauf beginnt sich wie alle seine Vorgänger in ein Nichts aufzulösen. Es wird gemeldet, daß Amerika nach der Ablehnung seines Reparationsvorschlages sich ganz von Europa zurückziehen werde. Außerdem wird mit einem Druck auf die alliierten Schuldner gedroht, über dessen Wirkung man seine eigenen Ansichten haben kann. Auch die ausposaunte Fälsche zur Getreidebeschaffung wird nicht geleistet, weil in Deutschland genug Getreide sei.

Die Beschlüsse der Völkervereinigung.

Die erwartete Einigung der Völkervereinigung.

Paris, 21. Nov. Ueber die gestrige Sitzung der Völkervereinigung ist das folgende amtliche Communiqué ausgegeben worden: Die Völkervereinigung tagte von 5 1/2 Uhr bis 7 Uhr abends. Es ist ein Einverständnis über den Text der beiden an die deutsche Regierung zu richtenden Noten erzielt worden. Diese Noten werden im Laufe des Abends Deutschland übermittelt und morgen Vormittag veröffentlicht werden.

Wiederaufnahme der Militärkontrolle. — Zurückhaltung in der Kronprinzenfrage.

Paris, 22. Nov. Die Noten der Völkervereinigung über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland und die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen sind dem deutschen Geschäftsträger, Völkervereinigung v. Höflich, gestern abend 9 Uhr überreicht worden. Die Note der Völkervereinigung an die deutsche Regierung betreffend die Wiederaufnahme der Militärkontrolle hat folgenden Wortlaut: „Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keineswegs die Absicht habe, die Verpflichtungen zu verweigern, die sich für sie aus dem Friedensvertrag von Versailles ergeben, stellen jedoch fest, daß die deutsche Regierung nichtsdestoweniger darauf verzichtet, tatsächliche Gründe anzuführen, um sich in der Praxis der Ausübung der Militärkontrolle zu entziehen. Die deutsche Regierung stützt sich diesmal nicht mehr auf die Mitwirkung belgischer und französischer Offiziere an den Kontrolloperationen, um diese unmöglich zu machen, aber sie erklärt, daß die Wiederaufnahme der Operationen geeignet sei, die inneren Schwierigkeiten zu vergrößern und daß sie unvermeidliche Zwischenfälle hervorzurufen werde. Die Völkervereinigung muß zunächst bemerken, daß die Kontrolloperationen seit vielen Monaten unterbrochen waren und daß sie nicht notwendig hat, auf den Ernst einer solchen Lage hinzuweisen. Die Verlängerung eines solchen Zustandes könnte sie umso weniger zulassen, als sie Gründe hat, sich zu fragen, ob die Hindernisse gegen die Erfüllung der Aufgaben der Militärkontrollkommission nicht gerade die Entwicklung dieser beunruhigenden Elemente begünstigt und infolgedessen zur Erhöhung der Schwierigkeiten beigetragen haben, über die sich die deutsche Regierung beschwert. Die alliierten Regierungen können übrigens nicht zulassen, daß die Wiederaufnahme der Kontrolloperationen an sich eine neue Quelle für Schwierigkeiten oder eine Ursache für Zwischenfälle darstellt. Nicht nur wurde ein guter Teil der Operationen durch ihre Art und unter Bedingungen ausgeführt, die keinen Vorwand für Zwischenfälle liefern, sondern die Kontrollkommission hat immer,

das weiß die deutsche Regierung selbst, im Interesse der Erfüllung ihrer Aufgaben sich bemüht, die Aufgaben der deutschen Behörden zu erleichtern und man kann sich auch in Zukunft auf ihren Takt verlassen. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen in die Notwendigkeit versetzt, das Recht anzuerkennen, das der Militärkontrollkommission und dem aeronautischen Garantiausschuß zusteht. Die Kontrollkommission und der Garantiausschuß haben übrigens jede Möglichkeit, um festzustellen, welches die Operationen sind, deren Ausführung im Augenblick durchführbar und notwendig erscheint. Die alliierten Regierungen erinnern die deutsche Regierung daran, daß jedesmal, wenn Kontroll- und Ueberwachungsorgane ihr nach den bestehenden Regeln notifizierten, daß sie zu einem Besuch schreiten wollten, die deutsche Regierung die absolute Pflicht hat, gemäß Art. 206 des Friedensvertrages der Internationalen Kontrollkommission und ihren Mitgliedern alle notwendigen Erleichterungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu verschaffen. Infolgedessen haben die alliierten Regierungen beschlossen, daß die Militärkontrolle und die aeronautische Ueberwachung unverzüglich unter den Bedingungen wieder aufgenommen werden, die der deutschen Regierung durch die Vorsitzenden der Kontrollkommission und des aeronautischen Garantiausschusses mitgeteilt werden. Im Falle diese Operationen auf die Obstruktion der deutschen Behörden oder deutscher Staatsbürger stoßen, behalten sich die alliierten Regierungen das Recht vor, die Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen geeignet erscheinen, die Ausführung des Versailler Vertrages sicherzustellen.

Die zweite Note betreffend die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen stellt fest, daß die deutsche Regierung der Völkervereinigung auf die am 9. November 1923 gestellte Frage mitgeteilt hat, daß der Vertreter Deutschlands in Holland beauftragt worden sei, dem ehemaligen Kronprinzen einen Paß zur Rückkehr nach Deutschland auszustellen. Die verbündeten Regierungen hätten Kenntnis von den Erklärungen genommen hinsichtlich der Verpflichtung des ehemaligen Kronprinzen auf den Thron von Preußen und auf die deutsche Kaiserkrone, sowie von der formellen Verpflichtung, die die deutsche Regierung übernommen habe, die Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland nicht zu erlauben. (Schluß der Note folgt.)

Asquith und Lloyd George gegen die Außenpolitik der englischen Regierung.

London, 20. Nov. In dem von der liberalen Partei veröffentlichten, von Asquith und Lloyd George unterzeichneten Wahlsmanifest heißt es: Die Regierung beschloß plötzlich, das Land in einen Wirbel von Neuwahlen zu stürzen mit der unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptung, daß die Bille ein Heilmittel für die Arbeitslosigkeit seien. Es gäbe nur eine Erklärung für das von der Regierung vorgeschlagene Verfahren, daß im Verlaufe eines einzigen Jahres ihre Führung in der auswärtigen Politik und in den wesentlichen Fragen für die Lebensführung Englands katastrophal fehlerhaft sei. Nach ihrer wiederholt abgegebenen, eigenen Erklärung sei die erste Bedingung für die Erholung Großbritanniens die Wiederherstellung nicht nur des heimischen Marktes, sondern auch des Welthandels. Nach ihren eigenen Erklärungen in den an die Alliierten gerichteten Noten sei der zunehmende Zusammenbruch, der durch die französische Politik in Deutschland und durch die Rückwirkung dieser Politik auf den Handel und Kredit der ganzen Welt hervorgerufen worden sei, die Hauptursache der Not des britischen Handels. Wenigstens ein Jahrhundert lang stand Europa keiner größeren wirtschaftlichen, politischen oder moralischen Frage als der Frage der französisch-belgischen Besetzung des Herzogs der deutschen Industrie, dem Ruhrgebiet gegenüber. In keiner großen europäischen Frage während mindestens eines Jahrhunderts sei es je zweifelhaft gewesen, wo Großbritannien stand. Trotzdem hätten ein ganzes Jahr lang weder die Alliierten Englands, noch die Neutralen, noch die früheren Feinde gewußt, ob in dieser entscheidenden Frage Großbritannien eine Stimme, eine Ansicht oder ein eigenes Gewissen habe. Im Januar lehnte die Regierung es ab, das Land mit der Befreiung des Ruhrgebiets in Verbindung zu bringen. Sechs Monate lang hätten sie ihr halb verzogen und auf Ergebnisse gewartet. Erst als der Mißerfolg der Ruhrbesetzung deutlich

wurde, gab sie ihre Ansicht bekannt, die sie anscheinend seit Januar gehabt habe, daß nämlich die Invasion ein Bruch des Versailler Vertrags sei. Im Dezember des vorigen Jahres bot der amerikanische Staatssekretär Hughes die amerikanische Mitwirkung an, für eine unparteiische Untersuchung über die Fähigkeit Deutschlands, für die im Krieg angerichteten Schäden Reparationen zu leisten. Die britische Regierung unternahm 9 Monate lang keinen Schritt, um bei den Alliierten auf die Annahme dieses Angebotes zu dringen. Im Juni unterbreitete Deutschland zum großen Teil auf Lord Curzons Anregung Vorschläge zur Erfüllung der Forderungen der Alliierten. Die britische Regierung erklärte ganz richtig, daß die Vorschläge eine Antwort erforderten. 5 Monate seien jetzt vergangen, aber eine Antwort erfolgte nicht. Die britische Politik war seit den napoleonischen Kriegen eine der Hauptkräfte der Sammlung in Europa. Im letzten Jahre jedoch sei ihre Blindheit, Unentschiedenheit und Impotenz derart gewesen, daß sie aufhörte, irgend einen führenden Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten auszuüben. In der östlichen Politik sei daselbe der Fall gewesen. Nicht genug, daß Großbritannien alles aufgab, wofür es im Kriege gegen die Türkei kämpfte, durch den schamlosen Vertrag von Lausanne gab es auch alle Sicherheiten für den britischen Handel in der Türkei auf, die es vor dem Kriege besaß. Infolge dieser Politik sei der britische Handel in der Türkei fast lahmgelegt. Die Schwäche Englands sei auch anderswo bemerkt worden und ein böses Schicksal bedrohe jetzt die wertvollen Märkte Englands im fernem Osten. Infolge ihrer moralischen Unentschiedenheit, ihrer Meinungsverschiedenheiten und ihrer mangelnden diplomatischen Sachverständnisse habe die Regierung sowohl in Europa, wie in Asien keine einzige Anstrengung machen können, um die britischen Rechte erfolgreich zu schützen, den britischen Handel wiederherzustellen oder der kollabierenden Welt den Frieden und die Ordnung wiederzugeben.

Das Manifest erklärt weiter, die liberale Partei trete für eine schnelle Regelung der Reparationsfrage unter angemessener Berücksichtigung der internationalen Schulden und für den ersten Versuch ein, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuwirken, um den Frieden in der Welt wieder herzustellen. Die liberale Partei sei der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas eine Vorbedingung für das Wiederaufleben der britischen Industrie und der Schaffung des Friedens sei. Sie würde die Wiederaufnahme aller Beziehungen zu Rußland begrüßen. (1) Die gesamte Stärke der liberalen Partei werde zur Unterstützung des Völkervereinigung in die Waagschale geworfen. Die auswärtige Politik Großbritanniens müsse darauf hin arbeiten, einen vollen Gebrauch vom Völkervereinigung (2) zu machen, um seinen Umfang und seine Macht zu erweitern, bis alle Nationen darin vertreten seien und ein internationales Zusammenwirken an Stelle der Fortdauer der nationalen Feindschaften und der Anhäufung von Zerstörungsmitteln zu setzen. Aber die Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen erfordere Zeit und inzwischen könnten die arbeitlosen Männer und Frauen nicht warten, bis bessere Zeiten kommen, ohne weitere Aussicht zu haben als die Arbeitslosenunterstützung. Die Pläne der Regierung seien vollkommen ungenügend. Die Beschränkung des Handels könne der Arbeitslosigkeit nicht helfen. Die Nachkriegsverhältnisse rechtfertigten eine derartige Einschränkung nicht, sondern mache ihre Wirkung nur noch verderblicher. Die liberale Partei sei ebenso überzeugt, daß die gegen die Arbeitslosigkeit von der Arbeiterpartei empfohlenen Heilmittel, Sozialismus und Vermögensabgabe, sich als katastrophal erweisen würden. Nicht die Zerstörung der Unternehmungslust, sondern ihre Ermüdung, nicht die Abschreckung des Kapitals, sondern seine fruchtbarere Verwendung sei erforderlich.

Englische Phrasen.

London, 20. Nov. Die „Times“ schreibt zu dem Beschluß der Völkervereinigung u. a.: Trotz Englands wurden die französischen Methoden herrschend und bewirkten eine rasche und gefährliche Handlung in Europa. Es sei beunruhigend, daß die durch den Friedensvertrag geschaffenen kleineren Staaten an die aggressive Politik Frankreichs gebunden seien, das laut seine

s ist die Schult
sind die beiden
noch mehr unbes
verhältnismäßig
ter Linie an der
der Mischherzen
ndwirtschaftlicher
rieben, namentl
e Wirtschaft um
betriebeerzeugung
n, großes Risiko
mit. Während
wo vollends die
z ihr Unwesen
gesetzt wurden,
roßbetriebe auch
ende Kühe wur
den und so ging
rück. Wo aber
ndern auch nicht
würde bei Ein
stelleicht für eine
erzwungen wer
schon erwähnten
weniger werden
ten Viehhaltung
Mischmenge für
frage zu beant
nteresse unserer
zur Verfügung
r Kühe zu ver
gestalten. Dies
e Bezahlung der
werlicher Ent
Betriebe. Sie
fütter zu kaufen
s Mischhertrages
erhöhen. Dann
ie Zukunft unse
mitzufassen, um
r sog. Konjunk
it und seine Be
andwirte, denen
Kühe zu halten,
stliche Gemein
aber auch eine
strifuge dazu be
ie Butter dann
en Schieber ab
Agemeinheit ab
jeden Pfennig,
möglich, diese
wirtschaft end
anderen Artikel,
bezahlt werden
Bezirks, daß sie
fern, nicht daß
Erfüllung geht
Schaden unseres
sch. Vereins.
u. u. Calw.
ret. Calw.
an
elsberg
m. b. S.
au
ngt Erfolg!

Armut verkünde, aber ihnen gleichzeitig Kredite in Höhe von 800 Millionen Francs gewähre. Es sei sehr besorgniserregend, daß in Deutschland reaktionäre und militärische Einflüsse Boden gewannen und wenn Worte helfen könnten, so sei England gerne bereit, sich an einer scharfen Warnung an die deutsche Regierung gegen alle Versuche der Umgehung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu beteiligen. Deutschland breche aber infolge der harnäckigen und unversöhnlichen Politik Frankreichs auseinander. Das Ruhrgebiet und das Rheinland ständen bereits vor der politischen und wirtschaftlichen Losrennung vom Reich. Ihre Bevölkerung werde unter dem Druck der Besetzung und dem von irreführenden Rumors dazu geführt, ihre Interessen Fremden zur Vertretung anzuvertrauen. Das vollziehe sich in einem Gebiet, dessen Mittelpunkt das von britischen Streitkräften besetzte Köln sei. Das britische Prestige, das britische Vertragsrecht und die britischen Vertragspflichten würden davon tief berührt. England dürfe sich nicht demülig seiner Ausstoßung aus Europa unterwerfen.

Um Ruhr und Rhein.

Erneuter Protest Deutschlands gegen die französischen Putschunterstützungen in der Pfalz.

Berlin, 21. Nov. In einer Note, die der deutsche Geschäftsträger in Paris dieser Tage der französischen Regierung übergab, legt die deutsche Regierung gegen die fortgesetzte Unterstützung der Separatistenbanden in der Pfalz durch amtliche französische Stellen und gegen die Behinderung deutscher Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Bekämpfung der aufrührerischen Elemente erneut nachdrücklich Verwahrung ein. Die Note, die eine ganze Reihe von Beweisen für die Haltung der französischen Stellen gegen die Separatisten in der Pfalz enthält, wiederholt die Forderung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, den völkerrechtlichen und vertragmäßigen Pflichten der Besatzungsmächte gemäß zu handeln.

Poincaré's „Berichtigung“.

Berlin, 21. Nov. Nach einer Pariser Meldung des „Berliner Tageblatts“ lautete der die besetzten Gebiete betreffende Satz der Rede Poincarés in Neuilly: „Wir sind außerdem entschlossen, die nach dem Vertrag besetzten Gebiete nicht zu räumen, ehe nicht alle in Versailles unterzeichneten Bestimmungen des Vertrags vollständig erfüllt sind. Die Worte: „nach dem Vertrag“ fehlten in dem am vergangenen Sonntag mittag übergebenen Wortlaut und wurden als Verbesserung eines Versehens erst später teils durch telephonische Benachrichtigung hinzugefügt. In Pariser politischen Kreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ zufolge die Vermutung ausgesprochen, daß Poincaré, als er die Rede abfasste, tatsächlich an die besetzten Gebiete des Rheinlands und des Ruhrgebiets dachte und erst ein Protest einer anderen Persönlichkeit ihn veranlaßte, diese Bemerkung einzufügen.

Frankreich behält sich freie Hand vor.

Paris, 21. Nov. Der „Matin“ veröffentlicht eine wohl als offiziös zu betrachtende Auslassung über das im April 1923 nach der Besetzung von Frankfurt a. M. und Darmstadt von dem damaligen Ministerpräsidenten Millerand abgegebene Versprechen, künftig in allen interalliierten Angelegenheiten gemeinsam mit den Alliierten vorzugehen. Diese Versprechungen der französischen Regierung haben bekanntlich bei den Einwendungen Englands gegen die französischen Forderungen in der Botschafterkonferenz eine Rolle gespielt. Der „Matin“ behauptet, Millerand habe keineswegs Verpflichtungen übernommen, die ein isoliertes Vorgehen Frankreichs in allen Fällen zu behindern angeht seien. Er habe sich in dem Memorandum, das er in London überreichen ließ, auf die Feststellung beschränkt, daß tatsächlich Frankreich bei sämtlichen Fragen interalliierten Charakters die Absicht hätte, sich mit seinen Alliierten zu verständigen, d. h. er habe lediglich den auf der Hand liegenden Sinn des Versailler Vertrags interpretiert. Wenn es notwendig sei, eine Angelegenheit wie die Militärkontrolle in Deutschland im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln, so liege der Grund darin, daß der Friedensvertrag diese Militärkontrolle zu einer interalliierten Einrichtung gestaltet habe, nicht aber die angeblichen Verpflichtungen der Regierung Millerand. Als es sich hingegen darum handelte, im Anschluß an eine gebührende von der Reparationskommission festgestellte Verletzung Deutschlands Pfänder im Ruhrgebiet in Besitz zu nehmen, hätte § 18 des Anhangs 17 zu Abschnitt VIII des Friedensvertrags Frankreich ermächtigt, sich einer allgemeinen Zustimmung zu entsagen. Es sei vorgekommen, daß die englische Regierung den Versuch machte, sich auf das Memorandum Millerands zu berufen. Man habe sie nur auf den Wortlaut des Friedensvertrags selbst zu verweisen brauchen, um ihr mit Händen greifbar zu machen, in welchen Fällen es Frankreich freisteht, allein vorzugehen und in welchen Fällen es im Einvernehmen mit seinen Alliierten

vorgehen müsse. Die Frankreich zustehende Bewegungsfreiheit für den Fall einer Bedrohung von außen ergebe sich aus seinem Recht auf legitime Verteidigung und stehe über allen Verträgen.

Deutsche Erklärungen über den Stand der Wiederaufnahme der Sachleistungen.

Paris, 21. Nov. Die deutsche Kriegskostenkommission hat gestern der Reparationskommission eine Note überreicht, in der sie Kenntnis gibt von dem Abkommen, das am 10. Nov. zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und den Industriellen der Farbstoff-, der chemischen und der pharmazeutischen Produktion abgeschlossen wurde. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, der Reparationskommission die in dem Vertrag erwähnten Leistungen jeweils nach ihrer Feststellung alsbald mitzuteilen und erlauben, Deutschland auf Reparationskonto gutzuschreiben. Die Kriegskostenkommission hat der Reparationskommission ferner Kenntnis gegeben von den Verhandlungen, die der Bergbauische Verein (Stinnes) und Konsortien mit der belgisch-französischen Ingenieurkommission in Düsseldorf seit dem 3. Okt. geführt hat und die am 4. Nov. gescheitert sind. Die Kriegskostenkommission gibt davon Kenntnis, daß die belgisch-französische Ingenieurkommission sich geweigert habe, die Beträge für die Kohlenlieferungen Deutschland auf Reparationskonto gutzuschreiben. Die deutsche Regierung stellt fest, daß der Abschluß des für die Durchführung der Reparationslieferungen und für die Lage des besetzten Gebiets gleich erwünschten Abkommens scheiterte und daß eine Einigung wegen der Gutschrift der Leistungen der Kohlenzechen nicht zu erreichen war.

Der „neue“ Kurs in Amerika.

Keine Hilfe für Europa!

Paris, 21. Nov. Wie der „Newport Herald“ aus Washington meldet, wird der Vorschlag des Senators Smoot, an Frankreich zwecks Regelung seiner Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten heranzutreten, von der amerikanischen Schuldenfunktionskommission in nächster Zeit angenommen werden. Der Beschluß der Schuldenfunktionskommission könne in gewissem Sinne als ein Anzeichen dafür betrachtet werden, daß die Vereinigten Staaten es jetzt angehen hätten, Europa Hilfe zu bringen. Es werde gegen Mitte Dezember in höchster, aber fester Sprache eine entsprechende Aufforderung an die Schuldnerländer richten. Staatssekretär Hughes habe den Forderungen des Senators Smoots Widerstand geleistet in der Hoffnung, Frankreich würde vielleicht einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage zustimmen. Seit aber der Hughes'sche Vorschlag selbst, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch einen Sachverständigenausschuss abschätzen zu lassen, in sich zusammengefallen sei, mache der Staatssekretär keinerlei Hehl mehr daraus, daß er mit den Smoot'schen Absichten einverstanden sei. Es verlautet, Staatssekretär Hughes habe es seinem Kollegen frei gestellt, so weit zu gehen, wie sie Lust hätten. (!!) Er glaube aber, daß wenig Hoffnung bestehe, daß das amerikanische Ersehen den gewünschten Erfolg zeitigen werde. Man nehme sogar an, daß einige Länder vielleicht nicht einmal antworten würden. Indessen würde ein derartiges Vorgehen doch der Welt die Stellung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Politik gewisser Schuldnerländer klar machen helfen. (!) Die französische Schuld bei den Vereinigten Staaten belaufe sich mit den rückständigen Zinsen auf etwa 3 Milliarden 850 Millionen Dollar, die bei dem heutigen Kurse rund 70 800 Millionen Franken darstellten. — Im Gegenjah zu den vorstehenden Ausführungen lag eine Washingtoner Meldung des „Petit Parisien“, daß stark bezweifelt werden müsse, daß die übrigen Mitglieder der Schuldenfunktionskommission, Staatssekretär Hughes, Staatssekretär Mellon und Handelssekretär Hoover die Auffassung von Smoots teilen. — Man wird gut tun, die ersten Ausführungen als Manöver zur Verschleierung der amerikanischen Politik zu bewerten, die selbstverständlich auch weiterhin stramm ententfesselt bleiben wird, aber jetzt brauchen die Parteien die Unterstützung der Deutschamerikaner, da werden gern außenpolitische „Konzeptionen“ gemacht, die etwa so gehalten werden, wie Wilsons Versprechen, „neutral“ zu bleiben.

Die amerikanische Getreideanleihe wieder einmal Schwindel.

Paris, 21. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ au. Washington soll Staatssekretär Hoover als Leiter der amerikanischen Unterstützungsorganisation gestern die Meldung dementiert haben, daß Vorschläge für eine Anleihe zur Unterstützung Deutschland erwogen würden. Hoover habe zuverlässige Informationen erhalten, daß die deutsche Getreideernte über dem Durchschnitt stehe und daß die deutschen Bauern es ablehnten, gegen Papiermark zu verkaufen.

Ausland.

Die Programmrede des Bundeskanzlers vor dem neuen österreichischen Nationalrat.

Wien, 21. Nov. Unmittelbar nach der Eröffnung der Sitzung des Nationalrates ergriff Bundeskanzler Seipel das Wort, um das Programm der Regierung zu entwickeln. Er erklärte dabei u. a., gewiß habe Oesterreich durch die Genfer Vereinbarungen Bindungen auf sich genommen und halte sie ein. Daß es

aber nicht mehr von seiner Freiheit aufzugeben brauchte, als notwendig sei und dem Buchstaben der Vereinbarungen entspreche, habe sich während eines Jahres gezeigt. Ein Zeichen der Konsolidierung Oesterreichs sei auch, daß die österreichischen Bundesländer fester zusammenhielten denn je. Nur infolge der Verzweiflung habe dem Bund zeitweise das Abbröckeln einiger seiner Glieder gedroht. Das sei aber jetzt vorüber. Die Länder würden dem Bunde um so treuer sein, je mehr ihre Rechte anerkannt und der föderalistische Gedanke gepflegt werde. Daß der bayrische Putsch nicht nach Oesterreich hinübergeschlagen und kein Versuch gemacht worden sei, Oesterreich in ihn hineinzuziehen, sei auch ein Zeichen dafür, wie sehr Einsicht, Ruhe und Selbstbeherrschung in Oesterreich wieder eingekehrt seien. Einen integrierenden Bestandteil des österreichischen Wiederaufbaues bilde seine Außenpolitik. Zwei grundlegende Erkenntnisse habe es dem Auslande zu vermitteln und immer mehr zu vertiefen: Daß es eine nach allen Seiten loyale und durchaus friedliche Politik zu machen wünsche und daß die Erhaltung Oesterreichs eine Notwendigkeit für den Frieden Europas sei. Die Tatsache, daß sich im Herbst vorigen Jahres zahlreiche europäische Staaten bereitgefunden hätten, Oesterreich ihre Unterstützung zu leisten und daß sich ihnen sogar das in europäischen Dingen so zurückhaltende Amerika angeschlossen habe, beweise, daß das Vertrauen zu Oesterreich und die Erkenntnis der Notwendigkeit seiner Existenz Fuß gefaßt habe. Daß das österreichische Volk die Klagen seiner Blutsverwandten in Deutschland und in Oesterreich nicht hören und darauf nicht einmal in Wort oder Schrift antworten solle, kann man von ihm nicht erwarten. Er, der Redner, müsse aber darauf bestehen, daß offizielle Äußerungen, die außenpolitisch belangreich seien, allein der Bundesregierung überlassen blieben.

Moskau und der Freispruch der Mörder des russischen Gesandten in Lausanne.

Moskau, 20. Nov. Die Nachrichten von dem Freispruch der Mörder Worowskis hat in der ganzen Stadt allgemeine Erbitterung hervorgerufen. Die Blätter klären, daß das Urteil eine politische Herausforderung schweizerischen politischen Kreise den Wählern der Sowjetrepublik gegenüber sei.

Deutschland.

Anträge im Reichstag.

Berlin, 21. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen. Da der Reichskanzler seine Regierungserklärung nicht hat abgeben können, mußte die endgültige Formulierung des von der Sozialdemokratie beabsichtigten Mißtrauensvotums verschoben werden. Die Fraktion beschloß weiterhin, folgenden Antrag zu stellen: 1. Die Verordnung zu einer Herabminderung der Personalausgaben des Reiches vom 27. Oktober 1923 ist sofort aufzuheben; 2. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über die Herabminderung der Ausgaben des Reiches vorzulegen. — Die bayrische Volkspartei brachte im Reichstag einen Antrag ein, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzes zur Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne verlangt.

Dienstentlassung sächsischer Polizeibeamten durch das Wehrkreiskommando.

Dresden, 21. Nov. Das Wehrkreiskommando hat am 17. Nov. bereits bekanntgegeben, daß die sächsische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlage gestellt werde. Im Zusammenhang damit wird unter Berücksichtigung ihrer Anschauungen und ihrer bisherigen Betätigung nunmehr eine Anzahl Beamte und Polizeioffiziere des Polizeipräsidiums Dresden bis auf weiteres von ihren Dienststellen enthoben. Dazu gehören der Polizeipräsident Menke, Polizeimajor Knetisch, Polizeihauptmann Schneidenbach, Polizeihauptmann Reigel, Polizeihauptmann Höffer und Polizeioberkommissar Schmidt. Ebenso sind 15 Regierungskommissare von ihrer polizeilichen Tätigkeit bis auf weiteres entbunden.

Bayern.

München, 21. Nov. Wie der „Miesbacher Anzeiger“ erfährt, ist Dietrich Eckhardt, einer der einflussreichsten Führer der Nationalsozialisten Münchens, verhaftet worden. Die Verhaftung scheint mit den Vorgängen in München in Zusammenhang zu stehen.

München, 21. Nov. Vom Generalstaatskommissar wurde die Wochenschrift „Fideticus“ wegen der Wiedergabe einer Unterredung der Schriftleitung mit dem General Ludendorff auf drei Wochen verboten.

München, 21. Nov. Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ wird das bayrische Finanzministerium zur Deckung des Staatsbedarfs Schaganweisungen in Dollartwerten ausgeben.

München, 21. Nov. Der Landtagsabgeordnete Reichner wollte in seiner Heimatgemeinde Basberg bei dem Bauern Bürgermeier in einer Uebergangsangelegenheit vermitteln. Im Verlaufe des Gesprächs zog der Bauer Bürgermeier den Revolver und richtete ihn auf Reichner, der sich bedroht fühlte und seinerseits 2 Schüsse auf Bürgermeier abgab, die dessen Tod herbeiführten. Der Abgeordnete hat sich den Behörden gestellt.

ben brauchte, als
reinbarungen ent-
t. Ein Zeichen der
sterreichischen Bun-
r infolge der Ver-
keln einiger feiner
die Länder würden
Rechte anerkannt
e. Daß der bage-
schlagen und kein
in hineinzuziehen,
Ruhe und Selbst-
feien. Einen inter-
beraufbaues bilde
kenntnisse habe es
zu vertiefen: Daß
friedliche Politik
reichs eine Not-
Tatsache, daß sich
Staaten bereite-
zu leihen und
so zurückhaltende
Vertrauen zu
eit seiner Existenz
die Klagen seiner
reich nicht hören
antworten solle,
bedner, müsse aber
die außenpolitisch
überlassen bleiben.

in Kaufanne.
dem Freispruch
en Stadt allge-
Blätter klären,
derung schweige-
Sowjetrepublik

Reichstags-
zung zusammen.
ärung nicht hat
ormulierung des
Mißtrauensvo-
schloß weiterhin,
dnung zu einer
es Reiches vom
die Reichsregie-
den Entwurf
Ausgaben des
spartei brachte
der Reichsregie-
Revision der
Sinne verlangt.

Beibeamten
ando.

mando hat am
schärfste Staats-
ellt werde. Im
sichtigung ihrer
gung nunmehr
des Polizeiprä-
ren Dienststellen
ent Menke, Po-
meidenbach, Po-
Höffer und Po-
15 Regierung-
t bis auf weite-

er Anzeiger“ er-
upreichsten Füh-
rhaftest worden.
in München in
ommissar wurde
der Wiedergabe
it dem General
chen-Augsburger
ministerium zur
ngen in Dollar-
ordnete Reichner
bei dem Bauern
heit vermitteln.
Bürgmeier den
der sich bedroht
meier abgab, die
ete hat sich den

Krenz und quer durch alemannisches Land.

(11. Fortsetzung.)

Gerade diejenigen Volksteile des Elsaßes, die beide Sprachen in Wort und Schrift beherrschen, soweit sie nicht Geschäfts- oder andere Belange auf die andere Richtung wiesen, waren es, die zuerst verglichen und die Folgerung zogen, indem sie rüchhaltslos ins deutsche Lager übergingen. Es sind dies dieselben Elemente, die, gewiß zum Nutzen Mitdeutschlands, die Konsequenz zogen und lieber ihren Heimatboden verließen als ihrer Ueberzeugung untreu wurden. Der gemeine Mann, besonders das Landvolk, spricht und versteht in der Regel nur deutsch. Heißt Dank denen, die das Opfer brachten und trotz aller Scherereien und Angebereien im Lande geblieben sind und die dafür sorgen, daß das so gefährdete Pflanzlein deutscher Art, deutscher Sitte, Treue und deutschen Glaubens nicht enturzelt wird. Sie sind es, oft gerade die edelsten, die geduldig auf die Zeit warten, die in einer friedlichen Weise die Erfüllung ihrer Wünsche bringen soll. Ein Krieg wird verabscheut, die Leute wollen ihre Ruhe haben, so sicher es ist, daß mindestens 90 Prozent die Neutralisation des Landes wünschen, auch wenn dieselben noch so sehr den Patriotismus Pasteurs und seine deutschfeindliche Haltung feierten. Da sagt mir einer: Sie dürfen ja nicht meinen, daß der von Nancy inszenierte Begrüßungstaumel echt war. Die wenigsten der in Landestracht aufgetretenen Mädchen waren Landeskinde, die meisten waren von dort her mitgebrachte Demi-monde. Der ernst veranlagte Teil des Volkes blieb lieber zu Hause und weinte über das Elend des deutschen Volkes. Das war das „voilà le plebiscit“ — Frohs künstliche Mache. — Ein anderer freut sich darüber, daß er keine Söhne und Enkel hat. Die müssen den Franzosen doch nicht dienen. Ein dritter macht sich lustig über den Jeanne d'Arc-Kultus. Wenn letzterem auch in Mainz die evangelische Garnisonskirche eingeräumt wurde, bodenkändig wird dieser dem Lande aufgeschleppte Fremdkörper nie dieses Reis wird nie wachsen trotz der Millerand-Poincaré'schen Keile. Nur Staffage, Potemkinsche Dörfer! Am Namenstage der Pucelle d'Orléans mußte alles besaggt werden. Die Fahnen auf den Rathhäusern können nicht eingezogen werden, die sind von „Blach“ (Blach), was mit heisendem Spott bemerkt wird. Ich war Zuschauer, als die Statue der „Jungfrau“ wieder für ein Jahr „einmagaziniert“ oder eingelagert wurde für das nächste Mal, ausgerechnet im Münster, der Schöpfung Erwins von Steinbach, unter der Begleitäußerung: „Welcher Schwendel“ — 1648, als das Elsaß, zuerst einmal der Sundgau, mit dem Rest der Landvogtei über das ganze übrige Land abgetreten wurde, existierte noch gar kein deutsches Nationalbewußtsein, so daß es Ludwig XIV. und seinen Nachfolgern ein leichtes war, die übrigen Bestandteile zu annektieren. Dieser Anektions-Projekt fand erst im Frieden von Luneville 1801 seinen Abschluß. In demselben Friedensvertrag von Münster und Osabrück 1808 lösten auch die Schweiz und Holland das laotere Band, das sie noch mit dem heiligen römischen Reich deutscher Nation verknüpfte. Aber wer hat im Ernste daran gedacht, sie dem großen Reichsverband wieder einzugliedern? Nach 1870 haben viele der ideal veranlagten Reichsländer aus freiem Entschluß die innerliche Rückkehr zu ihrem Stammvolk gesunden. Aber sie können es nicht verschweigen, daß viele Mißgriffe gemacht wurden. Sie würden manche der früheren Beamten gerne zurückwünschen, andere dagegen möchten sie nicht mehr sehen. „Man hat uns so sehr mißtraut, kaum einem von uns wurde ein Lehrstuhl übertragen. Dabei standen wir doch mit ganzem Herzen drüben bei unserem geistigen Mutterland. Wir hatten unser Vermögen drüben in Werten angelegt, die jetzt doch so fragwürdig geworden sind.“ Es sei jetzt natürlich viel schlimmer noch als damals. Die Gendarmerie sei wesentlich verstärkt. An jedem Platz habe sie ihre 3-4 sogenannten „Vertrauensleute“. Uebereinstimmend wurde anerkannt, daß jetzt das aus so gefährlichen Beweggründen herorgegangene Kesseltreiben auf die Alt-

deutschen nachgelassen habe. Sie sind nur noch in geringer Zahl im Lande, die meisten verschüchtert. Die Altanwärtigen scheuen sich weniger. In der ersten Zeit nach der Revolution ging es vielfach nach dem schwäbischen Rezept: „Gang weg, laß mi na.“ Früher waren wir das westliche Grenzland Deutschlands, jetzt sind wir die nordwestlichste Ecke Frankreichs. Der Absatz stinkt. Was haben wir geliefert rheintalwärts; Spener, Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen, Worms, besonders Wiesbaden waren gute Abnehmer. Unser zum Verschampagnern so geeigneter Landwein findet keinen Absatz. Weiter oben ist's mit dem Weinabsatz noch etwas besser. Und dann diese Behandlung durch die Franzosen. Ein Vater und sein Sohn sind wegen der Neutralitätsbewegung je ein halbes Jahr gefesselt.“ Der Zufall flügte es, daß ich diesen Vater am Grabe seines Sohnes traf. Er zeigte mir mit Bewegung das Grab seines einzigen Kindes. Dieser, ein Jurist, allzu früh den Eltern und der Braut aus dem Marktgräberland entrisen, erhielt zur letzten Verteidigung das Wort, ob er bei seiner deutschen bzw. neutralen Gesinnung verbleibe? Antwort: „Meine Gefühle können nicht bestraft werden.“ Ich habe ihm diese Worte auf seinen Marmorstein setzen lassen.“ Darunter sah ich noch die weiteren Worte: Mein Leib ist tot, meine Seele lebt. Einst wird die Gerechtigkeit doch auferstehen. Mein Gewährsmann fuhr fort: Mein Sohn sollte zur Deportation nach Cayenne verurteilt werden. Ein früher Tod hat ihn von diesem Schicksal erlöst. Sie sollten den Luftsprung gesehen haben, den der Staatsanwalt machte über diesen Freimut meines Sohnes. Dieser Luftsprung wird auch wohl kaum eine größere praktische Wirkung gehabt haben, als jener des Generalkonsuls in B. (Schweiz), als die Personalien einer Dame zur Pashaustellung festgestellt wurden. Frage nach der Nationalität: Elsässerin. Luftsprung und erregte Antwort: Elsässerin. Was? Was haben Sie gesagt? Französin sind Sie? (Fortsetzung folgt.)

Gieb keinen Auftrag nach auswärts,

den Du hier erledigen lassen kannst. Bedenke, daß jeder Auftrag, den Du am Platze erteilst, mit dazu beiträgt, die Zahl der Erwerbslosen zu verkleinern und damit auch die Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. November 1923.

Verbot von Geländeübungen durch politische Hundertschaften.

In Ergänzung der Verordnung vom 6. Okt. betr. das Verbot der Hundertschaften verbietet der Militärbefehlshaber General Reinhardt die Abhaltung von Geländeübungen jeder Art in geschlossenen Verbänden, ferner das Postenstehen und Herumstreifen einzelner Personen oder

ganzer Gruppen in Ortschaften und außerhalb deren zwecks Ausübung von irgendwelcher Kontrolle. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die bestehenden Gesetze eine schärfere Strafe androhen, nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Sept. betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen bestraft. Auch können Zuwiderhandelnde in Schutzhaft genommen werden.

Wertbeständiges Geld für die württ. Beamten.

In diesen Tagen wird den Landesbeamten Gelegenheit geboten, bei ihren Befoldungskassen den Teil ihrer Bezüge, der bisher wertbeständig auszubezahlen war, in Goldanleihe und Rentenmark umzutauschen. Zum Umtausch stehen bereit für die Befoldungsnachzahlung vom 9. Nov. etwa 10 Proz. in Goldanleihe, für die vom 13. Nov. 5 Proz., beide zum Kurs von 150 Milliarden für die Goldmark, ferner für die Zahlungen am 16. und 20. Nov. je 30 Proz. für Rentenmark zum Kurs von 300 bzw. 600 Milliarden. Die verspätete Auszahlung bedeutet also keine finanzielle Schädigung der Beamten.

Zur Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Ueber den Abbau der Beamtenkörper hatten Vertreter des Württ. Beamtenbundes vorgestern eine Unterredung mit dem Staatspräsidenten, bei der zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben erst dann vorgenommen werden könne, wenn durch organisatorische und gesetzgeberische Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen seien. Die württ. Regierung teile diese Auffassung. Die Vertreter der Beamten beklagten sich sodann beim Staatspräsidenten über die von der Regierung beschlossene Sperre einer Aenderung der Befoldungsordnung und der Verabschiebung eines Personalnachtrags. Der Staatspräsident sagte eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit zu. Ebenso brachte er den Klagen über die Auszahlung der Gehälter valdes Gemeindefiskus entgegen, zumal da die württ. Landes- und Gemeindebeamten bis jetzt noch keine einzige Zwangsrente wertbeständigen Geldmitteln erhalten haben.

Einstellung der Kofstandsdarlehen für Gemeinden und Körperschaften.

Für die den württ. öffentlichen Körperschaften zur Fortführung ihrer laufenden Verwaltung darlehensweise zur Verfügung gestellten 3000 Millionen Mark hat die Reichsfinanzverwaltung auf das Verlangen wertbeständiger Rückzahlung nachträglich verzichtet. Infolge des andauernden Sinkens der Papiermark stellt dieser Betrag jedoch nur noch rund 5000 Goldmark dar, eine Tatsache, die es völlig unlohrend erscheinen läßt, hieran alle öffentlichen Körperschaften zu beteiligen. Das Ministerium des Innern hat es deshalb für zweckmäßig erachtet, von den Darlehensgebern die ihm am dringlichsten erscheinenden zu berücksichtigen. Den bedachten Körperschaftsverwaltungen werden die ihnen zugewiesenen Kofstandsdarlehen in den nächsten Tagen durch die Staatshauptkasse überwiesen. Wie das Reichsfinanzministerium neuerdings mitgeteilt hat, kann es den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) weitere Darlehen zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit nicht mehr zur Verfügung stellen; das Reich wird sich künftig auf die Leistung der ihm gesetzlich obliegenden Zahlungen beschränken. Die Gemeinden und Gemeindeverbände können hiernach Deckung der zu ihren Lasten verbleibenden Anteile (z. B. bei den Beamtengehältern, bei der Erwerbslosenunterstützung, der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge)

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Judica begann damit und erzählte unaufgefordert von ihrer Vergangenheit; sie verschwieg nichts, aber es blieb ungewiß, ob sie nur aus dem natürlichen Trieb der Mitteilung oder in einer besonderen Absicht handelte; nur wenn der Partner sie einmal forschend ansah, glitt wohl ein leichtes Rot über ihr Gesicht, und sie tätschelte lieblosend den glänzenden Hals des Kappen.

„Almanzor und Fatme“ — sagte sie einmal — „die beiden werden mit der Zeit noch ein Liebespaar.“

Wenn Judica wirklich einen besonderen Zweck verfolgte, so hatte sie es mit weiblicher Schlaueit eingefädelt; auch Ulrich begann seine norddeutsche Kälte abzulegen, und schilderte den Verlust des schönen Gutes da oben in den majestätischen Wäldern; aber Charlotte Rahmanns Name kam dabei nicht über seine Lippen, und wenn Judica ihrerseits mit den Augen forschte, so streichelte er die arabische Stute und gab ihr die zärtlichsten Namen. Vielleicht dachte er dabei an ein anderes Wesen — sein Mund verriet nichts davon.

Dieser Verkehr zwischen Ulrich und Judica erregte die Neugier der gesamten Truppe. Fast alle Mitglieder hielten während der Vormittagsstunden ihre Übungen in der Manege ab, und es konnte vorkommen, daß jeder Winkel besetzt war, während die beiden Schulreiter gedämpft miteinander plaudernd im Kreise ritten; dann ruhten mitunter die fleißigsten Hände, und man warf einander lächelnde Blicke zu. Es war ja so sehr natürlich, wenn sich hier ein Flirt anbandelte. — die Pferde waren schon so weit, daß sie im Stall denselben Stand teilten und aus einer Krippe fraßen.

Luis zeigte sich fetten. Als Bändiger gehörte er nur lose zu den Zentauern und ging seine eigenen Wege; wenn er aber die Manege betrat, während Ulrich und Judica übten, dann blieb er regelmäßig am Eingange stehen, verkränkte die Arme über

die Brust und zerkaute seinen schwarzen Schnurrbart. — Einmal aber kam er doch näher und streckte die Hand aus, als ob er Almanzor in die Zügel fallen wollte; Ulrich hielt das Pferd an.

„Nehmen Sie sich in acht, Senor, der Kappe verträgt nicht den Tiergeruch, der Ihnen anhaftet — er könnte ausschlagen!“

„Den würde ich auch noch bändigen,“ entgegnete der Spanier finster, „ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Manege jetzt zu meiner Verfügung stehen muß.“

„Warum, wenn ich fragen darf?“

„Weil ich mit meinen Tieren üben will; heute soll die Sulamith zum ersten Male 'ran.“

Judica hielt dicht neben Ulrich; sie beugte sich aus dem Sattel zu ihrem Partner hinüber und sagte ihm leise einige Worte ins Ohr.

„Gut,“ entgegnete Westen laut, „dann werde ich das Feld räumen.“

Er ritt von Judica gefolgt aus der Manege, und der Bändiger blickte ihm grimmig nach; dann hob er zwei Finger an den Mund und pff; es war das Zeichen für die Stallnechte, und die Leute kamen sofort herbeigerannt — sie wußten, daß Luis Sanchez keinen Spaß verstand, und fürchteten ihn weit mehr als den ziemlich harmlosen Direktor.

Der ganze innere Teil der Manege wurde mit einem hohen und starken Eisengitter umstellt, das nur eine einzige Tür hatte und außerdem in einen schmalen Gang nach dem Raubtierhaus verlief. Man schlepte ein halbes Duzend Holzblöcke herbei und verteilte sie in den umgitterten Raum, dann zog der Bändiger sich zurück, nachdem er den Verschluss der Tür geprüft hatte. In diesem Augenblick lehrten Ulrich und Judica aus dem Stalle zurück, wo sie ihre Pferde abgegeben hatten, und mischten sich unter das Personal, das die vorerwähnte Tür umdrängte. Die Nachricht, daß Sanchez zum ersten Male mit der Löwin in der Arena proben wollte, hatte sich blitzschnell verbreitet, und

sogar Morelli kam aus seinem Kontor, um das aufstehende Schauspiel in Augenschein zu nehmen.

Es vergingen einige endlose Minuten, dann erschien der Dompteur am Ende des schmalen Ganges; er hielt in der rechten Hand die schwere Peitsche aus Rhinogeroshaut, deren Griff mit Blei ausgegossen war, und hatte außerdem einen Armeerevolver umgeschultert; aber jedermann wußte, daß diese Waffe nur blind geladen war — denn es gehört zu den Kunstgriffen der Bändiger, widerspenstige Tiere durch Schüsse einzuschüchtern, die natürlich keine Verletzung herbeiführen dürfen. Sanchez trieb seine ganze Herde vor sich her.

Voran die drei männlichen Löwen, denen man Alter und Bequemlichkeit ansah, sodann die beiden gutmütigen Bären, die den ebenfalls zahmen Leoparden in der Mitte hatten; zuletzt, unmittelbar vor den Füßen des Bändigers und im Bereich seiner Peitsche, kam Sulamith. Die Löwin schlich geduckt einher und mit dem Bauch fast die Erde streifend; sie gehörte offenbar widerwillig und nur aus Furcht vor dem wohlbekanntesten Züchtigungsinstrument. — Judica, die für dergleichen ein sehr scharfes Auge hatte, legte ihre Hand auf Ulrichs Arm.

„Es ist zu früh — sehen Sie nur die Augen der Bestie!“

„Besteht eine ernsthafte Gefahr?“

„Still! Wir dürfen ihn nicht ablenken.“

Der unheimliche Zug hatte die Arena erreicht, und hier veränderte sich im Nu das Bild. Auf ein kurzes „Allez“ des Bändigers zerstreuten sich die Löwen und Bären und nahmen auf den für sie bestimmten Holzschemeln Platz; der Leopard streckte sich in ihrer Mitte auf den Sand; er war offenbar nur Dekorationsstück und wurde von seinem Herrn nicht weiter beachtet. Desto größere Aufmerksamkeit widmete Sanchez der Löwin. Sie sollte sich auf den sechsten Schemel setzen und begriff das anscheinend sehr gut, aber es paßte ihr nicht, sie wendete sich um und fletschte die Zähne.

(Fortsetzung folgt.)

durch das Reich in Zukunft nicht mehr rechnen. Nach seiner Auffassung müssen die Ländern und Gemeinden in der Lage sein, die ihnen hienach verbleibenden Leistungen durch Anspannung des eigenen Kredits aufzubringen. Da auch der wirt. Staat keine Mittel verfügbar hat, können weitere Notstandsdarlehen leider nicht mehr in Aussicht genommen werden.

Kleine Anfragen.

(S) Stuttgart, 21. Nov. Der komm. Abgeordnete Karl ... hat an den Minister des Innern einige kleine Anfragen gestellt. Die eine richtet sich gegen die Bildung von ... Vereinen und ihre militärische Ausbildung durch den ... von Altdorf, O. A. Weizheim, und gegen die „verleumdende Behauptung“ durch letzteren, die Kommunisten würden nach Altdorf kommen, das Schloss und andere Gehöfte in Brand stecken und die Bewohner dann aufhängen. In der Anfrage wird Ausschluß darüber verlangt, woher diese Organisationen Waffen und Munition erhalten. Außerdem wird vom Justizminister gegen den Schlossherrn von Altdorf ein Strafverfahren wegen verleumdender Beleidigung, sowie die Verhängung von Schutzhaft verlangt. — Eine weitere Anfrage bezieht sich auf die Kottage der Familien von Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die sich in Schutzhaft befinden. Eine dritte Anfrage verlangt von dem Minister des Innern die Erklärung, daß die Verhängung der Schutzhaft über Mitglieder der Kommunistischen Partei der Reichsverfassung zuwider laufe und ein Akt politischer Willkür sei. Was gedenkt der Minister des Innern zu unternehmen, um anstelle der Willkür gesetzliche und verfassungsmäßige Zustände herzustellen zu lassen.

Schreckenstat eines Trefinnigen.

(S) Von der bayerischen Grenze, 20. Nov. Der 40 Jahre alte verheiratete Söldner Michael Link von Bergheim, Vater von fünf Kindern, drang, mit einem Gewehr bewaffnet, auf seine Frau ein und brachte ihr durch Schläge mit dem Gewerkschweren Verletzungen bei. Darauf begab er sich mit dem geladenen Gewehr auf die Bergheimer Dorfstraße, gab auf die verheiratete Defonomenfrau Bunk, Mutter von sechs Kindern, einen Schuß ab und verletzte sie lebensgefährlich. Der verheirateten, 35 Jahre alten Landwirtin Frau Seidler, die mit einem ihrer zwei kleinen Kinder auf dem Arme vor ihrer Behausung stand, brachte er sodann gleichfalls einen Schuß bei, der den sofortigen Tod der Frau zur Folge hatte. Von da ging er in die Hummelische Gastwirtschaft, wo er den Besitzer, Vater von neun Kindern, durch einen Kesselschuß schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzte. Hierauf ging er zum Schulhaus und drang in den Schulsaal ein. Dem beherzten und energischen Auftreten des Hauptlehrers ging es, ihm die Waffe zu entwenden und seine Festnahme zu veranlassen. Er war im Feldzug durch einen Kopfschuß schwer verwundet worden. Das scheint die Ursache einer plötzlich aufgetretenen geistigen Amnachtung zu sein. Link wurde in die Pflegeanstalt Günzburg geschafft. Die durch einen Bauchschuß schwer verletzte Frau Bunk ist schon eine Viertelstunde nach der grausigen Tat verschieden. Nun ist auch Link selber plötzlich gestorben. Er hinterläßt eine Frau und fünf Kinder.

Alzenberg, 21. Nov. Eine erhebende Feier wurde am letzten Sonntag in unserem Schulhause unter zahlreicher Beteiligung der Einwohnerschaft abgehalten. Galt es doch, das neue Viertel Schlaglöcklein, welches nunmehr an Stelle des seinerzeit abgelieferten auf dem Schulhaus seine Dienste tut, einzuweihen. Doppelt ist die Freude, daß es ohne Hilfe von auswärts möglich war, die Mittel hierfür aufzubringen. Nur der Freigebigkeit der Einwohner und sonstiger guten Freunde, welche mit wenig Ausnahme ein reges Interesse bekundeten und bei der Sammlung zum Teil ganz selbstlos in die Kasse griffen, ebenso dem Fleiß unserer Schüler, welche für diesen Zweck Heidelbeeren sammelte, ähnlich wie sie es voriges Jahr für die Kirche in Alzenberg getan haben, ist es zu verdanken, daß die Wiederbeschaffung unseres Glöckleins verwirklicht werden konnte. Ansprachen und Gesänge würzten die Feier, und vom Schulhaus wehte die seinerzeit auch durch Sammlung beschaffte Fahne im Sonnenschein.

Tübingen, 21. Nov. Die Anatomische Anstalt in Tübingen kann bis zum 1. Oktober 1924 Leichen nur in beschränkter Anzahl annehmen. — Es fehlt also an Geld zur Bezahlung der ausgesetzten Summen.

(S) Wiblingen, 21. Nov. Kürzlich wurde einem Landwirt zur Nachtzeit aus seiner Scheuer ein Sack Roggen mit etwa 1,5 Ztr. und kurze Zeit nachher wieder ein Sack Gerste im Gewicht von etwa 3 Ztr. gestohlen, in letzterem Fall unter Anwendung von falschen Schlüsseln. Die Täter wurden inzwischen ermittelt und zur Anzeige gebracht. Bei dieser Fahndung wurde einer der Täter überrascht, wie er im Begriffe war, unter dem aufgerissenen Bretterboden im Armenhaus eine große Menge Pulverpatrone zu verstecken. Er hatte mit zwei Genossen aus einem zwischen Neu-Ulm und der Illerbrücke gelegenen Pulverhäuschen sechs Pulverfässer im Gesamtwert von 60 Millionen auf erschwerter Weise gestohlen.

(S) Steinberg, O. A. Laupheim, 21. Nov. In der Nacht wurde dem Käsebesitzer Härle ein Kalb aus dem Stall gestohlen. Gleichzeitig ließen die Diebe auch noch mehrere Treibriemen zur Dreschmaschine mitlaufen. Nach den Blutspuren scheint das Kalb gleich im Garten abgestochen worden zu sein. Trotzdem man auch Schubkarrenspuren entdeckt zu haben glaubte, fehlt bisher von den Tätern jeder weitere Anhaltspunkt.

(S) Hall, 21. Nov. Wie der Saline Wilhelmshall in Rottweil droht nun auch der Saline Hall die Stilllegung. Zunächst wird aber der Salinenbetrieb bis zum kommenden Frühjahr aufrecht erhalten werden.

(S) Wizingen O. A. Gmünd, 21. Nov. Acht Wildschweine wechselten über das freie Feld vom Fils- ins Remstal hinüber und wurden von verschiedenen Personen beobachtet. Ein Schäferhund ging darauf los, wurde aber von dem Leischwein zurückgetrieben. Die Jäger werden gut daran tun, fleißig nach Spuren zu suchen.

(S) Friedrichshafen, 21. Nov. Bei dem bereits gemeldeten Brand in Klüftern ist das Wohn- und Defono-

miegebäude des Landwirts Zerlaut zerstört worden. Der geistesranke Vater Zerlauts ist in den Flammen umgekommen. Man vermutet, daß er den Brand verursacht hat.

(S) Vom Bodeusee, 21. Nov. Erbärmliche Gesellen schmuggeln zurzeit Franken und andere Devisen in die Schweiz, wo sie dafür bekanntlich mehr Papiermark erhalten, als in Deutschland selbst. Sie lassen sich von schweizerischen Banken entsprechende Schecks auf deutsche Banken geben. Das ist Vaterlandsverrat! Solche Burschen müssen angezeigt werden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	725,81 Ma.
1 franz. Franken	224,56 Ma.
1 holl. Gulden	1567,91 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	218,5 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S) Stuttgart, 19. Nov. An der Effektenbörse stellten sich zahlreiche Käufer ein, wodurch sich die Börse sehr fest gestaltete und Verdoppelungen, ja Verdreifachungen der Kurse die Regel waren.

Es gemannen:	Hesser	4,5 (10,5)
Von Banken:	Weingarten	10 (25)
W. Hypotheken	N. U.	4,5 (10,5)
W. Notenb.	Württ. Metall	15 (60)
W. Vereinsbank	Von den übrigen Verlen:	
Von Brauereien:	Bad. Anilin	25 (60)
Ravensburg	Bamberg Mälz.	2 (6)
Ehlingen	Besser	1 (2,5)
Rettenmeyer	Bremen Del	15 (30)
W. Brauerei	Cement Heidelberg	10 (25)
Württemberg. Hohenz.	Der kommende Tag	2 (4,5)
Wulle	Deutsche Verlag	4 (18)
Von Textilwerten:	Kaiser Otto	11 (20)
Erlangen	Knopf	4,4 (9)
Unterhausen	Knorr	11 (20)
Bietigheim	Köln-Rottweil	14 (20)
Kob & Schühle	Leibbrand	1,7 (4,5)
Pfersee	Leibw.	12 (25)
Kotteln	Krumm	3,2 (8)
Württemberg. Ebnen	Necharwerke Ehlingen	2,9 (5,9)
Von Maschinen- u. Metallwerten:	Salz Heilbronn	10 (100)
Daimler	Sekt Wachenheim	6 (20)
Feinmeh. Tuttingen	Schleppschiffahrt	1,5 (4)
Hansa	Stuttg. Bäcker	9 (21)
Hohner	Stuttg. Zucker	8,9 (19,9)
Jungmans	Union V. Verlag	4,5 (15)
Koch	Verein. Del	7 (25)
Laupheim	Witz	5 (30)
Magirus	Ziegel Ludwigsburg	8 (17)
Ehlingen		

Im Freiverkehr gab es gleichfalls erhebliche Kurssteigerungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Gaim.
Druck und Verlag der U. Celschläger'schen Buchdruckerei Gaim

Die Kanzleien
der
Oberamtsparkasse
und der **Oberamtsbaumeisterstelle**
sind für den Publikumsverkehr
nachmittags geschlossen.

Calw, den 21. November 1923.
Unerwartet rasch verschied gestern Nacht
unsere liebe Schwester und Tante
Henriette Perrot 
Arbeitslehrerin o. D.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
H. Perrot.
Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr.

Bestellungen
auf
gelbe Rüben
nächster Tage eintreffend,
erbitte umgehend.
Otto Jung.
Empfehle mich
im Stricken.
Knohl, Calw.

Ein 5 Monate altes
Rind 
fehlt dem Verkauf aus event. Tausch gegen
Weizen oder Heu.
Mina Maier,
Simmozheim.

Für eintreffend. Waggon
Briketts
nehme Bestellungen
noch entgegen.
Fr. Bauer.

Eine junge
Ruh 
tauscht
gegen eine trüchtige
Kalbbin oder Frucht
Michael Kober,
Alzenburg.

Sie schädigen sich selbst

wenn Sie sich eine Zeitung hatten, die nicht
in der Lage ist, Sie mit den Wirtschafts-
fragen auf dem Laufenden zu erhalten, die
für Sie u. Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden aber bewahren Sie sich

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues
Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens
des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie so-
fort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann
über alle Preisbildungen, Rente und Ver-
käufe jeglicher Art aufs beste unterrichtet.

Ab morgen frische
Seefische
Fritz Freudenberger.

Im **Weißnähen**
und **Gliden**
empfiehlt sich
Anna Ehmert
beim Gaswerk.

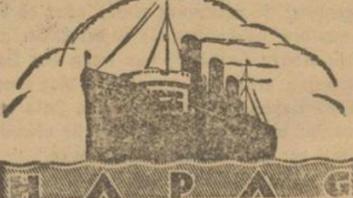
Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., dir.
an Private. Katal. 46 S frei.
Eisenmöbelfabrik Subl Thar.

A. OZLSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW



Anfertigung
von **Zellschriften,**
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.

Alzenburg.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Samstag, den 24. No-
vember, mittags 12 Uhr, stattfindenden
kirchlichen Trauung
freundlichst einzuladen.
Ulrich Weiß,
Marie Maß.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. — Hervorragende
III. Klasse mit Speise- und Rauchsal.
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Druckproben durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter
in CALW: Paul Ojpp, Marktplatz.